

Niederschrift über die 20. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 27.09.2012, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bürgermeister Heinz Öhmann	Bürgermeister	
Ratsmitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Annette Bischoff	Pro Coesfeld	
Herr Richard Bolwerk	CDU	
Frau Elisabeth Borgert	FDP	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Hans-Theo Bükler	Pro Coesfeld	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Norbert Frieling	CDU	abwesend ab TOP 21 ö. S.
Herr Heribert Funke	CDU	
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Herr Norbert Hagemann	CDU	
Herr Günter Hallay	Pro Coesfeld	
Herr Bernhard Haveresch	CDU	
Herr Uwe Hesse	Pro Coesfeld	
Herr Ludger Kämmerling	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Uwe Kombrink	CDU	
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Friedhelm Löbbert	Pro Coesfeld	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Frau Rosemarie Niemeier	CDU	
Herr Dr. Thomas Pago	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Frau Irmgard Potthoff	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Bernd Rengshausen	CDU	
Herr Horst Schürhoff	SPD	
Herr Dietmar Senger	Aktiv für Coesfeld	abwesend ab TOP 5 nö. S.
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	

Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Vogt	SPD	abwesend ab TOP 16 ö. S.
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Herr Manfred Schlickmann	FBL 20	
Herr Klaus Volmer	FB 10	
Herr Markus Hilkenbach GmbH	Geschäftsführer der Stadtwerke Coesfeld	TOP 1 der nö. S.

Schriftführung: Herr Klaus Volmer

Herr Bürgermeister Heinz Öhmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:53 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung besteht Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 9 des öffentlichen Teiles (Schulentwicklungsplanung) sowie 6 des nichtöffentlichen Teiles (Beteiligung der Stadtentwicklungsgesellschaft Coesfeld mbH an einer neu zu gründenden Vermietungsgesellschaft im Industriepark Nord.Westfalen) von der Tagesordnung abzusetzen.

Des Weiteren besteht Einvernehmen, die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt 8 „Beauftragung des Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes Innenstadt“, Vorlagennummer 199/2012/1, zu erweitern.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse
Vorlage: 120/2012
- 2.1 Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse
Vorlage: 120/2012/1
- 2.2 Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse
Vorlage: 120/2012/2
- 2.3 Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse
Vorlage: 120/2012/3
- 3 Bürgerantrag zur Anlegung eines Gehweges im Bereich der Rekener Straße zwischen Bahnweg und Friedhofsallee
Vorlage: 198/2012
- 4 Bürgerantrag zur Errichtung eines Spielplatzes im Wohngebiet "Wohnen am Kulturquartier"
Vorlage: 192/2012
- 5 Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 165/2012
- 6 Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld auf Beschluss einer Resolution
Vorlage: 158/2012
- 7 Errichtung einer Gesamtschule in Gescher
Vorlage: 194/2012
- 8 Änderung der Verbundschule Legden Rosendahl in eine Sekundarschule zum Schuljahresbeginn 2013/14
Vorlage: 185/2012
- 9 Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 181/2012
- 10 Jahresbudgetbericht 2008
Vorlage: 211/2012
- 11 Entwurf des Jahresabschlusses 2008
Vorlage: 204/2012

- 12 Bewilligung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gemäß § 83 GO NRW (Feuerwehrstandort Alte Münsterstraße)
Vorlage: 210/2012
- 13 Parkraumkonzept: Umsetzung der Handlungsempfehlungen
Vorlage: 159/2012
- 14 Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung des Parkraumkonzeptes
Vorlage: 171/2012
- 15 Nachnutzung Ladenlokal Markt 9-12
Vorlage: 205/2012
- 16 Entwicklung Neubaugebiete Wohnquartier Hengte und Wohnen an der Kiebitzweide
Vorlage: 191/2012
- 17 Nachbartreff Hemingkamp
Vorlage: 178/2012
- 18 Lette Fuß-/Radweg Bahnhofsallee
Vorlage: 186/2012
- 19 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Umrüstung einer Ampelanlage als Akustikanlage: Prüfung aufgrund des Beschlusses zur Vorlage 129/2012 aus der Sitzung des Bezirksausschusses vom 21.06.2012
Vorlage: 179/2012
- 20 Ausbaubeschluss "Neutorstraße" - Erneuerung der Fahrbahn und Verbesserung der Beleuchtung
Vorlage: 152/2012
- 21 Treppenanlage Lilienbecke / Hengtering
Vorlage: 182/2012
- 22 Schenkung des Kunstwerkes "Die Schutzmantelmadonna" an die Gemeinde St. Lamberti
Vorlage: 213/2012
- 23 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Weiterbildungsgesetz (Volkshochschule)
Vorlage: 189/2012
- 24 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Stadt Coesfeld
Vorlage: 216/2012
- 25 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Beteiligung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Coesfeld GmbH an der neu zu gründenden Vertriebsgesellschaft Stadtwerke Westmünsterland EK GmbH & Co. KG
Vorlage: 215/2012
- 2 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3 Kauf einer Straßenteilfläche - Hansestraße
Vorlage: 153/2012
- 4 Kauf einer Grundstücksfläche/Darfelder Weg
Vorlage: 156/2012
- 5 Verkauf eines Gebäudes
Vorlage: 190/2012

- 6 Beteiligung der Stadtentwicklungsgesellschaft Coesfeld mbH an einer neu zu gründenden Vermietungsgesellschaft im Industriepark Nord.Westfalen
Vorlage: 214/2012
- 7 Bericht über die Niederschlagung und den Erlass von Geldforderungen
Vorlage: 164/2012
- 8 Beauftragung des Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes Innenstadt
Vorlage: 199/2012/1
- 9 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Bürgermeisters
-------	---------------------------------

Mitteilungen liegen nicht an.

TOP 2	Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse Vorlage: 120/2012
-------	-------------------------------------------------------------------------------------

Herr Bolwerk erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag mit der Vorlagennummer 120/2012/3 aufrechterhält. Dies gelte auch für die Abstandsflächen zum Friedhof, wenngleich dies nicht Bestandteil des Antrages sei.

Herr Goerke beantragt, den in der Tabuflächenanalyse ermittelten Suchraum 1 zunächst nicht weiter zur Ausweisung als Konzentrationszone vorzusehen, um den möglichen Betreibern, den Anwohnern und den Flächeneigentümern die Herstellung eines Konsens zu ermöglichen und die Planungen für die anderen ermittelten Suchräume gemäß Beschlussvorschlag 5 der Vorlage 120/2012 vorantreiben zu können.

Herr Backes erläutert, dass es sich um ein zweistufiges Verfahren handle. Ein Konsens sei nicht in Stufe 1 (Suchraumanalyse), sondern erst in Stufe 2 gefordert. 1975 sei im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplanes die Entscheidung gefallen, Friedhöfe, die außerhalb des Stadtgebietes liegen, nicht als Gemeinbedarfsfläche, sondern als landwirtschaftliche Fläche auszuweisen. Daher seien dort auch nicht die Abstände wie bei Gemeinbedarfsflächen angesetzt worden. Dabei habe die Verwaltung von Beginn an kundgetan, dass bei den Friedhöfen weitere städtebauliche Kriterien zu berücksichtigen sind.

Herr Peters hält den Antrag der CDU für nicht zielführend. Die vorgesehenen Suchräume sollten nun zunächst beschlossen werden, alle weiteren Kriterien könnten dann im weiteren Planungsverfahren berücksichtigt werden. Die Politik könne jedoch keinen Konsens herstellen. Dies sei Aufgabe der Windkraftbetreiber und der Anwohner.

Herr Nielsen legt dar, dass er ein Bebauungsplanverfahren für sinnvoll hält, zumal dann die schützenswerten Interessen der Betroffenen Berücksichtigung finden könnten. Eine speziell zugeschnittene Regelung für den Suchraum Goxel würde sich auf alle anderen Suchräume auswirken. Viele mögliche Projekte würden dadurch verhindert.

Herr Frieling stellt klar, dass die CDU-Fraktion bei Ihrem Antrag bleibt und der Abstand eines Windrades zur nächstgelegenen Wohnbebauung mindestens das Dreifache der Anlagenhöhe betragen soll.

Frau Ahrendt-Prinz vertritt die Auffassung, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine lenkenden Schritte unternommen werden sollen, da bestimmte Flächen dann von vornherein ausgeschlossen seien. Im späteren Planungsverfahren solle darauf hingewirkt werden, mit den Anwohnern Einigkeit zu erzielen. Es seien aber auch Aspekte der Generationengerechtigkeit und des Klimaschutzes zu beachten.

Frau Borgert wirft ein, dass Suchräume in der Nähe von Wald und Heide problematisch seien, da durch die Verdrängung von Vögeln eine Insektenplage entstehen könne. Herr Peters

verweist daraufhin auf die ökologischen Gutachten, in denen die möglichen ökologischen Auswirkungen der Windkraft eingehend untersucht worden seien.

Herr Kraska hält den Antrag der CDU-Fraktion für grundsätzlich richtig, nur dürfe man nicht von vornherein bestimmte Gruppen von Betroffenen ausschließen.

Herr Kestermann sieht die Gefahr, dass bei Nichtfestlegung eines Mindestabstandes die Investoren sich nicht an die notwendigen Abstände halten würden. Herrn Bolwerk ist es wichtig, dass auch auf außerhalb gelegenen Friedhöfen die Friedhofsruhe eingehalten werde.

Herr Peters wirft ein, dass Mindestabstände auch im Bebauungsplanverfahren noch festgelegt werden könnten.

Beschluss (Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld):

Der in der Tabuflächenanalyse ermittelte Suchraum 1 ist zunächst nicht weiter zur Ausweisung als Konzentrationszone vorzusehen, um den möglichen Betreibern, den Anwohnern und den Flächeneigentümern die Herstellung eines Konsens zu ermöglichen und die Planungen für die anderen ermittelten Suchräume gemäß Beschlussvorschlag 5 der Vorlage 120/2012 vorantreiben zu können.

Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion):

Es wird beschlossen, den Beschlussvorschlag 1 der Ratsvorlage 120/2012 vom 05.07.2012 zu streichen und für die künftige Bauleitplanung folgenden Beschluss zu fassen:

1. In dem jeweils vorhaben bezogenen Bebauungsplan einer Konzentrationszone für Windräder oder für eine Windanlage beträgt der Abstand eines Windrades zur nächstgelegenen Wohnbebauung mindestens das Dreifache der Anlagenhöhe (Nabenhöhe plus halber Windraddurchmesser).
2. Der Abstand kann nur dann verringert werden, wenn eine schriftliche Vereinbarung (Vertrag) zwischen dem / den betroffenen Nachbarn und dem Investor/Bürgerwindparkbetreiber und der Stadt Coesfeld vor Aufstellung des Flächennutzungsplanes vorliegt, (grundlegender Konsens).
3. Von der Planung Betroffene (Ziffer 1 und 2) sind jene, die innerhalb des dreifachen Abstandes wohnen oder Wohneigentum haben.

Beschluss 1:

Die vom Planungsbüro Wolters angenommenen Vorsorgeabstände werden als zunächst sachgerechte Kriterien der Planung zu Grunde gelegt. Eine Überprüfung im Rahmen des abschließenden Konzeptes bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Beschluss 2:

Die Interessengemeinschaften werden auf die vom Fachbereich Planung, Bauordnung und Verkehr ermittelten Liste von städtebaulichen Kriterien hingewiesen. Die Liste ist nicht abschließend, da das Abwägungsmaterial erst im weiteren Planungsprozess vollständig ermittelt wird.

Beschluss 3:

Die Suchräume 3, 6, 14, 15 und 16 erfüllen nicht die Anforderungen zur Ausweisung einer Konzentrationszone.

Beschluss 4:

Auf Grund der Empfehlung der Unteren Landschaftsbehörde (Lage im Biotopverbund Heubach) sollen die Suchräume 2, 8 und 9 zunächst nicht weiter verfolgt werden. Eine nähere Untersuchung kommt dann in Betracht, wenn sich in den anderen Suchräumen keine oder nicht ausreichende Möglichkeiten zur Ausweisung von Konzentrationszonen ergeben.

Beschluss 5:

In den durch die Tabuflächenanalyse ermittelten Suchräumen 1, 4, 5, 7a, 7b, 10, 11, 13 kann das weitere Abwägungsmaterial (u.a. Artenschutz und Städtebau) durch die Interessengemeinschaften ermittelt werden. Die Interessengemeinschaften werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Planung auf eigenes Risiko erfolgt, da eine Abwägung erst später im Rahmen eines gesamtstädtischen Konzeptes erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld)	2	33	2
Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion)	15	22	0
Beschluss 1	19	17	1
Beschluss 2	35	0	2
Beschluss 3	37	0	0
Beschluss 4	35	2	0
Beschluss 5	33	4	0

Damit sind die Anträge der Fraktion Aktiv für Coesfeld und CDU-Fraktion abgelehnt, die Beschlussvorschläge 1 bis 5 angenommen.

TOP 2.1	Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse Vorlage: 120/2012/1
TOP 2.2	Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse Vorlage: 120/2012/2
TOP 2.3	Suchräume für Windenergie - Vorstellung der Tabuflächenanalyse Vorlage: 120/2012/3
TOP 3	Bürgerantrag zur Anlegung eines Gehweges im Bereich der Rekener Straße zwischen Bahnweg und Friedhofsallee Vorlage: 198/2012

Beschluss:

Es wird beschlossen den Antrag von Frau [Irmgard Lethaus](#) aufzunehmen, die Planungen und Kostenermittlungen auf den aktuellen Stand zu bringen und die Ergebnisse dem Ausschuss Umwelt, Planen und Bauen in der November-Sitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

TOP 4	Bürgerantrag zur Errichtung eines Spielplatzes im Wohngebiet "Wohnen am Kulturquartier" Vorlage: 192/2012
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller weitere Gespräche zur Bereitstellung dieser Fläche für einen Kleinkinderspielplatz bzw. als Treffpunkt zu führen. Dabei sind die Vorgaben für die Anpassung des Angebotes von Kinderspielplätzen im vollen Umfang zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

TOP 5 Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 165/2012

Beschluss:

Es wird beschlossen, dem Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung des Bezirksausschusses Lette wie folgt zuzustimmen:

Bisheriges Mitglied

Dr. Ulrich Rauter (skB)
Letter Berg 96
48653 Coesfeld

Neues Mitglied

Andreas Pohl (skB)
Magdalenenstraße 11
48653 Coesfeld

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

TOP 6 Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld auf Beschluss einer Resolution
Vorlage: 158/2012

Beschluss (Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld):

Der Rat der Stadt Coesfeld fordert die Mitglieder des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen auf, das am 13.9.2012 vom Landtag beschlossene Umlagengenehmigungsgesetz wie folgt zu ändern:

1. Der neu in die Kreisordnung eingefügte § 56 c wird ersatzlos gestrichen,
2. der neu in die Landschaftsverbandsordnung eingefügte § 23 c wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	2	35	0

Damit ist der Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld abgelehnt.

TOP 7 Errichtung einer Gesamtschule in Gescher
Vorlage: 194/2012

Frau Ahrendt-Prinz hält es für nicht fair, wenn der Konsens nicht erteilt würde. Die Schullandschaft Coesfelds sei gut aufgestellt. Insofern sei die Sorge, dass Schüler aus Coesfeld in großem Umfang nach Gescher abwandern, unbegründet.

Herr Kraska vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Schulkonsens hergestellt werden sollte.

Hingegen ist Frau Bischoff der Meinung, dass der Betrieb einer Gesamtschule in Gescher langfristig nur unter Einbeziehung auswärtiger Schüler möglich sei. Somit würden Coesfeld Schüler entzogen, was unmittelbar vor Ort wieder Handlungsdruck erzeuge.

Herr Goerke verweist darauf, dass auch der Gemeinde Rosendahl der Schulkonsens verweigert wurde. Coesfeld solle nicht freiwillig Schüler nach Gescher abgeben.

Frau Potthoff meint, man solle anderen Kommunen keine Steine in den Weg legen und daher dem Schulkonsens zustimmen.

Herr Rengshausen weist auf die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Schulform der Gesamtschule hin. Die Entscheidung der Coesfelder Politik, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten, sei richtig.

Herr Vogt vertritt die Auffassung, dass die Oberstufe in Coesfeld langfristig geschützt werden solle. Die Bezirksregierung solle ihre Gestaltungshoheit wahrnehmen. Die Einrichtung einer Sekundarschule wäre ein guter Weg.

Herr Kämmerling hingegen setzt auf die Qualität der eigenen Schullandschaft. Man solle deshalb aber nicht den Schulkonsens verweigern.

Beschluss:

Es wird beschlossen, im Rahmen der Abstimmung nach § 80 Schulgesetz NRW (SchulG) zur anlassbezogenen Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Gescher hinsichtlich der Absicht, eine Gesamtschule zu errichten, Bedenken anzumelden und die Auswirkungen, die sich für die Stadt Coesfeld ergeben, vorzutragen. Der regionale Konsens wird nicht erteilt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	33	4	0

TOP 8	Änderung der Verbundschule Legden Rosendahl in eine Sekundarschule zum Schuljahresbeginn 2013/14 Vorlage: 185/2012
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss 1:

Es wird beschlossen, zur geplanten Änderung der Verbundschule Legden Rosendahl in eine Sekundarschule keine Bedenken zu erheben.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, mit dem Schulträger der zukünftigen Sekundarschule Legden Rosendahl eine verbindliche Kooperation im Sinne von § 17 a Abs.2 SchulG für die beiden städtischen Coesfelder Gymnasien einzugehen und zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 und 2	32	5	0

TOP 9	Schulentwicklungsplanung Vorlage: 181/2012
-------	-----------------------------------------------

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 10	Jahresbudgetbericht 2008 Vorlage: 211/2012
--------	-----------------------------------------------

Herr Schlickmann stellt den Jahresbudgetbericht 2008 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Die Ratsmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 11	Entwurf des Jahresabschlusses 2008 Vorlage: 204/2012
--------	---------------------------------------------------------

Beschluss:

Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 zur Kenntnis und leitet ihn nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

TOP 12	Bewilligung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gemäß § 83 GO NRW (Feuerwehrstandort Alte Münsterstraße) Vorlage: 210/2012
--------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss:

Es wird gemäß § 83 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2012 beschlossen, der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 45.000 EUR für die Zufahrt und die Parkplätze am Standort der Feuerwehr an der Alten Münsterstraße (Produkt 70.01 – Verkehrsanlagen) zuzustimmen. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen in Höhe von 15.000 EUR im

Budget 30 (Bürgerservice und Ordnung) sowie in Höhe von 30.000 EUR im Budget 70 (Bauen und Umwelt).

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

TOP 13 Parkraumkonzept: Umsetzung der Handlungsempfehlungen
Vorlage: 159/2012

Herr Kraska erklärt, dass das vorgeschlagene Konzept der Verwaltung in die falsche Richtung gehe. Es sei keine Lösung, Dauerparker in die Außenbereiche zu verdrängen. Auch würden höhere Parkgebühren auswärtige Besucher vom Einkauf in Coesfeld abhalten.

Herr Hagemann regt an, vorübergehend weitere Parkplätze zu schaffen. Besonderes Augenmerk solle auf die Bahnhofstraße, die Wiesenstraße und die Cronestraße gelegt werden. Die Gefahr bestehe, dass demnächst verstärkt an der Meinertstraße, der Franz-Darpe-Straße und Am Roten Baum geparkt werde. Eine Chance auf neue Parkplätze könnte sich demnächst auf dem Postgelände ergeben.

Herr Frieling weist darauf hin, dass die Vorlage die Schaffung von rd. 100 zusätzlichen Stellplätzen, bei Wegfall des Parkplatzes ‚Altes Freibad‘ sogar von 140 Stellplätzen für Dauerparker vorsähe.

Herr Goerke unterstützt ebenfalls das Parkraumkonzept der Verwaltung und hält es für zielführend.

Herr Öhmann macht darauf aufmerksam, dass vor Umsetzung des Parkraumkonzeptes die Notwendigkeit einer Personalaufstockung noch konkret geprüft werde.

Beschluss:

1. Die im Rahmen des Parkraumkonzeptes 2025 formulierten Handlungsempfehlungen sind entsprechend dem der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Maßnahmen- und Umsetzungsplan umzusetzen. Die finanziellen Auswirkungen sind im Entwurf des städtischen Haushaltes für das Jahr 2013 darzustellen.

Die finanziellen Auswirkungen für die Umsetzung der Maßnahmen 1a, 5 und 6b sind entsprechend des Maßnahmen- und Umsetzungsplanes rechtzeitig zu ermitteln und im Entwurf des städtischen Haushaltes für das Jahr 2014 darzustellen.

Die Ausgestaltung und die Auswirkungen einer Umsetzung der in der Phase D „Sonstige Maßnahmen“ enthaltenen Handlungsempfehlungen 4, 10a, 10b und 11 sind zunächst entsprechend des Maßnahmen- und Umsetzungsplanes zu untersuchen. Über die Ergebnisse der Untersuchungen ist im Ausschuss zu berichten. Anschließend wird der Rat der Stadt Coesfeld über eine Umsetzung entscheiden.

2. Das im verkehrlichen Leitbild der Stadt Coesfeld definierte Unterziel *„Das Stellplatzangebot ist, wenn eine höhere Nachfrage prognostiziert wird, anzupassen.“* wird dahingehend erweitert, dass bei weiteren städtebaulichen Entwicklungen in besonderem Maße darauf zu achten ist, dass keine öffentlichen Stellplätze verloren gehen und die notwendigen Stellplätze in unmittelbarer Nähe der Entwicklungsmaßnahme geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	35	2	0

TOP 14 Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung des Parkraumkonzeptes
Vorlage: 171/2012

Beschluss (Antrag der FDP Fraktion):

Coesfeld benötigt deutlich mehr PKW-Stellplätze im Innenstadtbereich. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und wo innerhalb der Wälle zusätzliche Stellplätze entstehen könnten, etwa als Parkhaus, Parkdeck oder als Parkplatz. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die Anzahl notwendiger neuer Parkplätze zu ermitteln, um damit den innerstädtischen Bedarf abdecken zu können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	2	35	0

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

TOP 15 Nachnutzung Ladenlokal Markt 9-12
Vorlage: 205/2012

Zu Beginn erklärt sich Frau Niemeyer für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes teil.

Herr Stallmeyer erklärt, dass er grundsätzlich nichts gegen die Ansiedelung der Post am Marktplatz einzuwenden habe. Entscheidender Nachteil dieser Lösung sei jedoch die Anlieferungssituation. Daher werde er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Frau Ahrendt-Prinz kann sich einerseits auch eine Nutzung im gastronomischen Bereich vorstellen, andererseits sei die Post ein Frequenzbringer auf dem Marktplatz. Sie sieht die Anlieferungssituation ebenfalls kritisch und möchte sichergestellt wissen, dass die evangelische Kirche in das weitere Verfahren eingebunden wird. Sie stellt die Frage, ob die Post auch Alternativstandorte, z. B. an der Süringstraße, geprüft habe.

Herr Backes berichtet, dass die Post Alternativstandorte geprüft habe. Diese hätten sich jedoch aufgrund des Standortes, der Grundfläche oder der Mietkonditionen als nicht geeignet erwiesen. Auch eine Unterbringung in Containern sei während der zweijährigen Bauzeit des neuen Gebäudes nicht möglich.

Herr Kraska fragt, welche Möglichkeiten die Politik grundsätzlich habe, auf das Vorhaben Einfluss zu nehmen. Herr Backes erläutert, dass dieses grundsätzlich genehmigungsfähig sei, lediglich die Gestaltung des Straßenkörpers sei Sache des Rates.

Herr Kraska stellt den Antrag, zu prüfen, ob die Süringstraße für den Lieferverkehr geöffnet werden kann.

Herr Goerke kann sich die Ansiedlung der Post am Marktplatz vorstellen. Die weitere Planung solle aber im Konsens mit der evangelischen Kirche erfolgen.

Herr Frieling mahnt, die Abfolge der Entscheidungsfindung zu beachten. In der Beschlussvorlage sei ausdrücklich vorgesehen, dass die evangelische Kirche an der Lösungsfindung zu beteiligen sei. Er stellt die Frage, ob es überhaupt zu den Störungen kommen könne, die die evangelische Kirchengemeinde befürchte.

Herr Backes erläutert, dass der zu erwartende Lieferverkehr genau terminiert sei. Auch aus polizeilicher Sicht sei eine Anlieferung in der vorgesehenen Form möglich. Er gibt zu bedenken, dass auch in der Fußgängerzone bis 10.30 Uhr Lieferverkehr herrsche.

Herr Peters meint, dass sich der Lieferverkehr noch in vertretbarem Umfang halte.

Herr Öhmann ist der Auffassung, dass die Post und die evangelische Kirchengemeinde sich gemeinsam eingehend mit den möglichen Beeinträchtigungen auseinandersetzen sollten, um so einen Konsens möglich machen zu können.

Herr Bolwerk fragt an, ob die Ladezeiten seitens der Stadt vorgegeben werden könnten. Herr Backes entgegnet, dass dies Sache der Post sei und Gegenstand der zu führenden Gespräche mit den Beteiligten sein müsse.

Herr Hallay fragt, ob auch eine andere Anlieferungsvariante möglich sei, z. B. durch Rückwärtsfahren vom Parkplatz im Innenhof des Rathauses. Herr Backes teilt mit, dass dies auch Vorschlag der Post gewesen sei. Dies sei aber nach einmütiger Auffassung von Verwaltung und Polizei viel zu gefährlich. Ferner bleibe das Problem, dass die Container über den Vorplatz der evangelischen Kirche geschoben werden müssten.

Frau Ahrendt-Prinz schlägt vor, zunächst keinen Beschluss zu fassen, um den Beteiligten die Möglichkeit der Schaffung eines Konsenses zu ermöglichen. Herr Backes gibt zu bedenken, dass die Post innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen Klarheit benötige, dem Rat es jedoch nicht genommen bleibe, für die Entscheidungsfindung einen anderen zeitlichen Rahmen festzulegen.

Herr Öhmann stellt heraus, dass die geplante Umgestaltung eine deutliche Verbesserung gegenüber der derzeitigen Situation darstelle.

Herr Hagemann sieht in der Vertagung der Entscheidung keine Lösung des Problems.

Herr Goerke stellt den Antrag, dem Beschlussvorschlag um die Formulierung zu ergänzen, dass auf einen Konsens hingewirkt werden solle. Herr Öhmann stellt fest, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung weitergehender ist und lässt daher nach der Abstimmung über den Antrag des Herrn Goerke nicht mehr abstimmen.

Beschluss (Antrag der FDP-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob die Süringstraße für den Lieferverkehr geöffnet werden kann.

Beschluss:

Der Umgestaltung des Gehweges und des Platzes, dem Wegfall des Baumstandortes wird grundsätzlich zugestimmt mit folgenden Maßgaben:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Eigentümerseite und dem zukünftigen Mieter Postbank die seitens der Verwaltung notwendigen vertraglichen Regelungen zu treffen.

Eine dem Bestand angemessene Anpassung der Pflasterung und eine Aufwertung des Platzes zwischen Kirche und Gebäude des Eigentümers durch ein Kunstobjekt /

einen Brunnen wird durch den Eigentümer realisiert. Das konkrete Objekt und dessen Platzierung sind nach Klärung der Details erneut im Ausschuss vorzustellen, der Ausschuss behält sich die Zustimmung zur Detaillösung vor. Die Evangelische Kirchengemeinde ist zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschluss (Antrag der FDP-Fraktion)	4	31	1	1
Beschluss	27	5	4	1

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt, der Beschlussvorschlag der Vorlage angenommen.

TOP 16	Entwicklung Neubaugebiete Wohnquartier Hengte und Wohnen an der Kiebitzweide Vorlage: 191/2012
--------	---------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss 1:

Es wird beschlossen, auf Grundlage des Baulandbeschlusses 2006 für das städtische Grundstück Hengtesportplatz die Planungen für eine Baulandentwicklung voranzutreiben. Der Abgrenzungsbereich des Baugebietes und des erforderlichen Bebauungsplans ist in der Anlage, die der Sitzungsvorlage beigelegt ist, dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den nutzenden Schulen und Vereinen angemessene Lösungen zur Kompensation der entfallenden Sportmöglichkeiten zu erarbeiten und dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport vorzulegen.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, auf Grundlage des Baulandbeschlusses 2006 den südöstlichen ungenutzten Teilbereich des Friedhofs Nord-West (städtische Fläche) für eine Umnutzung in Bauland zur Verfügung zu stellen.

Der Abgrenzungsbereich des Baugebietes und des erforderlichen Bebauungsplans ist in der Anlage, die der Sitzungsvorlage beigelegt ist, dargestellt.

Beschluss 3:

Es wird beschlossen, dass die bisher in der Prioritätenliste des FB 60 unter Platz 13 noch nicht benannten Bebauungspläne nun mit den Bebauungsplänen Nr. 125 „Wohnquartier Hengte“ und Nr. 126 „Wohnen an der Marienburg“ konkretisiert werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1-3	36	0	0

TOP 17 Nachbartreff Hemingkamp
Vorlage: 178/2012

Frau Ahrendt-Prinz spricht sich dafür aus, dass gemäß dem Antrag der Nachbarschaft Hemingkamp die weiter durch die Stadt zu pflegende Grünfläche als Treffpunkt der Nachbarschaft erhalten bleibt.

Herr Frieling stellt heraus, dass Beschlussvorschlag 1 im bisherigen Kontext stehe. Es dürfe im Sinne einer Gleichbehandlung keine Sonderregelung in diesem Einzelfall geben.

Herr Goerke sieht dies ähnlich und stellt heraus, dass die Vorgabe, Personal beim Baubetriebshof einzusparen, durch eine andere Entscheidung konterkariert würde.

Auch Frau Borgert ist dafür, dortige Fälle gleich zu behandeln und in diesem Einzelfall nicht von der beschlossenen Vorgehenseise abzuweichen.

Herr Nielsen stimmt Herrn Frieling grundsätzlich zu, stellt aber heraus, dass die Beschlusslage zu Kinderspielplätzen mit dieser Angelegenheit in keinem Zusammenhang stehe.

Herr Rengshausen erklärt, dass er dem Votum des Bezirksausschusses folgen und daher für Beschlussvorschlag 2 stimmen werde.

Nachdem Beschlussvorschlag 1 durch den Rat angenommen wurde, wird über den Beschlussvorschlag 2 der Nachbarschaft Hemingkamp nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen für den Bebauungsplan Nr. 8 „Hof Hellermann“ ein Änderungsverfahren durchzuführen, um die bestehende Grünfläche aus dem Pflegeprogramm des Baubetriebshofes zu nehmen und sodann im B-Plan als Wohnbaufläche auszuweisen sowie den Verkauf der Fläche als Bauland weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	30	4	2

TOP 18 Lette Fuß-/Radweg Bahnhofsallee
Vorlage: 186/2012

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Fuß-/Radweg asphaltiert, zumindest aber mit einer wassergebundenen Decke zu erhalten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	36	0	0

TOP 19 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Umrüstung einer Ampelanlage als Akustik-
anlage: Prüfung aufgrund des Beschlusses zur Vorlage 129/2012 aus der Sit-
zung des Bezirksausschusses vom 21.06.2012
Vorlage: 179/2012

Die Ratsmitglieder nehmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Backes stellt klar, dass die Verwaltung die Maßnahme, entgegen der Auffassung der
Anlieger, für eine abrechnungsfähige Maßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz halte.

TOP 20 Ausbaubeschluss "Neutorstraße" - Erneuerung der Fahrbahn und Verbesserung
der Beleuchtung
Vorlage: 152/2012

Beschluss:

Die Erneuerung der Fahrbahn der Neutorstraße und die Verbesserung der Beleuch-
tung zwischen Einmündung Kreisel Wetmarstraße und Basteiwall/Marienwall erfolgen
entsprechend dem in dieser Vorlage beschriebenen Ausbaustandard und gem. dem
der Vorlage anliegenden Ausbauplan.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	36	0	0

TOP 21 Treppenanlage Lilienbecke / Hengtering
Vorlage: 182/2012

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Treppenanlage, die die Straßenzüge Lilienbecke und Heng-
tering verbindet, ersatzlos zu entfernen, das Gelände entlang dem Hengtering ent-
sprechend zu schließen sowie Gespräche mit den Grundstückseigentümer Lilienbe-
cke 26 u. 26 a zu führen, mit dem Ziel die Fläche zu veräußern.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	35	0	0

TOP 22 Schenkung des Kunstwerkes "Die Schutzmantelmadonna" an die Gemeinde St. Lamberti
Vorlage: 213/2012

Es besteht Einvernehmen, dass der Rat von seinem Rückholrecht nach § 41 Abs. 3 Gemeindeordnung Gebrauch macht und über die beabsichtigte Schenkung entscheidet.

Beschluss:

Das Kunstwerk „Die Schutzmantelmadonna“ der Künstlerin Maria Uhling, aufgestellt auf dem ehemaligen Gelände der Martinschule am Brink, Brinker Bach 17, wird der Gemeinde St. Lamberti mittels Schenkungsvertrag und unmittelbarer Übergabe übereignet. Das Kunstwerk wird dann auf einem kirchlichen Grundstück an der Großen Kapelle aufgestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	35	0	0

TOP 23 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Weiterbildungsgesetz (Volkshochschule)
Vorlage: 189/2012

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Coesfeld und dem Kreis Coesfeld zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Weiterbildungsgesetz für den Bereich der Gemeinde Rosendahl abzuschließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	35	0	0

TOP 24 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Stadt Coesfeld
Vorlage: 216/2012

Beschluss:

Die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes mit den - als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten - vorgesehenen Entwässerungsmaßnahmen einschließlich der dazugehörigen Zeitachsen und Gesamtinvestitionen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	35	0	0

TOP 25 Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Goerke erklärt Herr Backes, dass er nicht die Auffassung vertrete, dass durch die Genehmigung des Gebäudes neben der Bürgerhalle die Betriebsgenehmigung tangiert sei. Daher seien auch Schadensersatzansprüche auszuschließen.

Auf Nachfrage von Herrn Kestermann werden dem Protokoll das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz sowie die Landtagsdrucksache 16/871 zur Information beigefügt.

Heinz Öhmann
Bürgermeister

Klaus Volmer
Schriftführer